

Manfred Richter  
Leiter Politik und Recht

VIACTIV Krankenkasse  
Charlottenstraße 65  
10117 Berlin

Fon: 030 5915-12  
Mobil: 0173 8924 502  
[manfred.richter@viactiv.de](mailto:manfred.richter@viactiv.de)

## Gesundheitspolitische Forderungen der VIACTIV Krankenkasse: Sicherstellung der Finanzierung besonderer Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie

VIACTIV Krankenkasse fordert Solidarpakt der Krankenkassen. Rücklagen nicht zur Stützung niedriger Zusatzbeiträge zurückhalten, sondern Mehrkosten der Pandemie gemeinsam schultern.

Die Corona-Pandemie stellt das deutsche Gesundheitswesen vor ungeahnte Herausforderungen. Oberstes Ziel aller Beteiligten muss es sein, die Leistungsfähigkeit der Akteure im Gesundheitswesen und damit die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, die Existenzgrundlagen von Unternehmen und Versicherten zu stabilisieren und den Gesetzlichen Krankenkassen ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Hierzu sind bei den Gesetzlichen Krankenkassen erhebliche zusätzliche Finanzmittel erforderlich. Während sie im Gegenzug krisenbedingt gleichzeitig erhebliche Einnahmeausfälle zu erwarten haben, deren Umfang noch nicht abgeschätzt werden kann.

Trotz Unterstützung durch Zuschüsse aus Steuermitteln und den Abbau der Liquiditätsreserve im Gesundheitsfonds haben die einzelnen Krankenkassen den Löwenanteil dieser pandemiebedingten Mehrkosten zu schultern. Gleichzeitig sind durch Kurzarbeit in den Unternehmen, Stundung von Beiträgen, drohende Insolvenzen und Wegfall von Prüfungen erhebliche Mindereinnahmen von den Krankenkassen zu kalkulieren.

Um eine Finanzierung der geplanten Maßnahmen sicherzustellen, bedarf es neben notwendigen politischen Stützungsmaßnahmen einer uneingeschränkten Solidarität der Gesetzlichen Krankenkassen untereinander. Bevor Liquiditätsreserve und Steuermittel zur Finanzierung herangezogen werden, muss das Vermögen der einzelnen Krankenkassen berücksichtigt werden.

Die Lasten müssen gleichmäßig auf alle Schultern verteilt werden. Über mehr als 10 Jahre haben einzelne Krankenkassen Vermögenswerte angehäuft und nicht zur Versorgung der Versicherten eingesetzt. Jetzt müssen sie ihren Anteil leisten und ihre Rücklagen solidarisch zur Verfügung stellen. Dies steht im Einklang mit dem Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FKG), in dessen Beratung gerade die bisherige Fehlverteilung der Gelder aus dem Gesundheitsfonds anerkannt wurde.

Die VIACTIV fordert daher den Einsatz des vorhandenen Vermögens aller Gesetzlichen Krankenkassen bis zur Mindestreserve von 25 % einer Monatsausgabe. Übersteigende Mittel sind an den Gesundheitsfonds abzuführen und für die Finanzierung der pandemiebedingten Mehrkosten einzusetzen. Das vorhandene Geld darf nicht zur Stützung eines niedrigen Zusatzbeitrages herangezogen werden. Vielmehr müssen damit die pandemiebedingten Mehrkosten ausgeglichen werden.

Trotz des Vermögenseinsatzes aller Kassen wird es nicht auszuschließen sein, dass die Zusatzbeiträge bereits in 2020 erheblich anzupassen sind. Der bereits vorhandene Ausgabendruck hat sich durch die pandemiebedingten Kosten und Einnahmeausfälle noch erhöht.

Gleichwohl müssen die Krankenkassen garantieren, dass Versicherte zur Sicherung ihres Lebensunterhalts die finanziellen Leistungen wie Krankengeld, Pflegegeld und andere Geldleistungen zeitnah erhalten. Auch die Bewilligung und Bezahlung von medizinischen Leistungen und Dienstleistungen erfordert den Einsatz der Krankenkassen im besonderen Maße. Den von der aktuellen Krise unmittelbar und nicht unerheblich betroffenen Unternehmen/Betrieben sowie Selbstständigen sollten aufgrund dieser besonderen Ausnahmesituation besondere Hilfestellungen wie zum Beispiel vereinfachte Stundungsverfahren angeboten werden.

Krankenkassen und deren Geschäftsbetrieb sind ebenfalls systemrelevant. In diesen Zeiten sind Sonderkündigungsrechte bei Beitragserhöhungen und Anschreiben an die Versicherten mit Verweis auf günstigere Krankenkassen denkbar schlecht und absolut kontraproduktiv.

Die VIACTIV fordert bis auf Weiteres ein Aussetzen der gesetzlichen Regelungen zum Sonderkündigungsrecht.

Die VIACTIV ruft alle Gesetzlichen Krankenkassen und die politisch Verantwortlichen auf, solidarisch im Sinne der Bevölkerung zu handeln.

Reinhard Brücker  
Vorstandsvorsitzender